

**Gemeinderatssitzung vom 06.05.19**

## **Baden-Badener Rathaus zur PFC-Affäre – Spargel und Erdbeeren könnten ohne Gefahr verzehrt werden – Drei Millionen Euro für Sanierung Fieser-Brücke**

*Baden-Baden, 08.05.2019, Bericht: Christian Frietsch* **Neben der im Baden-Badener Gemeinderat umstrittenen Bewertung der Schulden der Stadt Baden-Baden, beschäftigte sich am Montagabend der Gemeinderat auch mit der PFC-Affäre und deren rechtlicher Bewertung.**

Die Auswirkungen auf die Gesundheit der Bürger wurde nur am Rande erörtert. Spargel und Erdbeeren könnten ohne Gefahr verzehrt werden könnten, legte sich Rudolf-Karl Teichmann, Leiter des Fachgebiets Umwelt und Arbeitsschutz der Stadt Baden-Baden, fest.

Zu dem Stand der Rechtsverfahren hatte der Fachgebietsleiter erklärt, dass der Verwaltungsgerichtshof Mannheim am 3. April 2019 den Antrag auf Zulassung der Berufung gegen zwei Urteile des Verwaltungsgerichts Karlsruhe abgelehnt habe. In den Verfahren, deren Urteile damit nun rechtskräftig seien, hatte das Kompostunternehmen Vogel dagegen geklagt, die Kosten für so genannte Detailuntersuchungen von möglicherweise verunreinigten Böden bezahlen zu müssen. Das Unternehmen habe inzwischen «eine Anhörungsrüge» zu der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs eingereicht. Ein ruhendes Verfahren beim Verwaltungsgericht Karlsruhe hinsichtlich der Klage gegen eine behördliche Anordnung für eine weitere Detailuntersuchung werde wieder aufgenommen.

Die weiteren Ergebnisse unter anderem zu den Tagesordnungspunkten Neubau der Fieser-Brücke, die Stadtwerke als Anbieter für schnelles Internet und das Konzept zur Sauberkeit der Stadt Baden-Baden sind im *goodnews4*--Protokoll festgehalten. *goodnews4*-Protokoll von Nadja Milke zur 53. Sitzung des Gemeinderates:

### **TOP 1 Informationen der Verwaltung**

Stadtkämmerer Thomas Eibl präsentierte den Schuldenstand der Stadt und ihrer Eigenbetriebe. Oberbürgermeisterin Margret Mergen reagierte damit auf die Thematisierung der Verschuldung im Kommunalwahlkampf. Sie wies darauf hin, dass bei Vergleichen der Verschuldung der Stadt Baden-Baden mit anderen Städten berücksichtigt werden müsse, dass bei anderen Städte Umwelttechnik und Stadtwerke meist GmbHs seien und keine Eigenbetriebe wie in Baden-Baden. «Wir

könnten uns sofort entschulden und hätten immer noch 35 Millionen Euro Guthaben. Die Finanzpolitik der Stadt Baden-Baden ist sehr solide und fundiert», so OB Mergen.

Thomas Eibl erklärte zu Beginn seiner Präsentation, dass die Eigenbetriebe rechtlich selbstständig und Sondervermögen der Stadt Baden-Baden seien. Man könne die Schuldenstände nicht so einfach zusammenfassen und mit anderen Städten vergleichen. Baden-Baden habe als Stadtkreis noch andere Aufgaben und deshalb sei ein höherer Schuldenstand möglich. Der Schuldenstand von 155.519.000 Euro zum 31. Dezember 2019 inklusive Eigenbetriebe würde nur dann eintreten, wenn alle Kreditermächtigungen gezogen würden. Die aktuelle Prognose sieht einen Gesamtschuldenstand zum 31. Dezember 2019 inklusive Eigenbetriebe vor von 118.298.000 Euro – davon Eigenbetrieb Stadtwerke 26.114.000 Euro, Eigenbetrieb Umwelttechnik 81.611.000 Euro und Kernhaushalt 10.573.000 Euro, wenn sich die Stadt weiter entschuldet. Der Schuldenstand des Eigenbetriebs Umwelttechnik sei deshalb so hoch, da es sich um einen Gebührenhaushalt ohne Eigenkapital handele.

Gegenüberstellung der Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten mit dem Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten im Kernhaushalt zum 31.12.2018 Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten: 49.200.000 Euro, Verbindlichkeiten: 13.146.000 Euro. Stand heute liege die Liquidität bei 33 Millionen Euro, die Grundsteuer und Gewerbesteuer würde im Laufe des Monats Mai noch hinzukommen. Aufgrund von Investitionen sei aber ein Abbau der Liquidität in den nächsten Jahren zu erwarten. Das Eigenkapital im Kernhaushalt der Stadt – worin auch Vermögen wie Straßen und Schulen enthalten sei, das nicht veräußerbar sei – habe zum 31. Dezember 2018 384.972.000 Euro betragen, die Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten 13.146.000 Euro. Es gebe «keine Überschuldung mit unserem Portfolio».

Mehr: [goodnews4.de](https://www.goodnews4.de) berichtete gestern.

### **TOP 2 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)**

Monika Spiegel, CDU-Stadtratskandidatin, regte an, die Bushaltestellen mit Abfallbehältern auszustatten, in denen auch Zigaretten entsorgt werden können. OB Mergen nahm die Anregung «gerne auf».

Ein anderer Bürger kritisierte, dass Restmülltüten mit 8 Euro zu teuer seien.

### **TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse**

OB Mergen verwies auf den Aushang im Rathaus.

## **TOP 4 Bericht der Verwaltung zum Sachstand der PFC-Situation in Baden-Baden**

Rudolf-Karl Teichmann, Leiter des Fachgebiets Umwelt und Arbeitsschutz der Stadt Baden-Baden, präsentierte den Sachstand der PFC-Situation in Baden-Baden. Im Stadtkreis Baden-Baden wurden 565 Hektar PFC-Verdachtsflächen untersucht, davon stellten sich 310 Hektar als belastet heraus.

Mehr: [PDF Präsentation](#)

Zu dem Stand der Rechtsverfahren erklärte Rudolf-Karl Teichmann, der Verwaltungsgerichtshof Mannheim habe am 3. April 2019 den Antrag auf Zulassung der Berufung gegen zwei Urteile des Verwaltungsgerichts Karlsruhe abgelehnt. In den Verfahren, deren Urteile damit nun rechtskräftig seien, hatte das Kompostunternehmen Vogel dagegen geklagt, die Kosten für so genannte Detailuntersuchungen von möglicherweise verunreinigten Böden bezahlen zu müssen. Das Unternehmen habe inzwischen «eine Anhörungsrüge» zu der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs eingereicht. Und weiter: «Ein ruhendes Verfahren beim VG Karlsruhe hinsichtlich Klage gegen eine behördliche Anordnung für eine weitere Detailuntersuchung wird wieder aufgenommen. Bis 30.06.2019 Verjährungsverzicht des Verursachers.»

Einige Nachfragen aus dem Gemeinderat gab es zum Thema Schadensersatz durch den mutmaßlichen Verursacher der PFC-Affäre, das Kompost-Unternehmen Vogel. Günter Seifermann, Die Grünen, wollte von Rechtsamtsleiter Axel Eble wissen, wie er die Chancen einschätzt, dass der Verursacher, der inzwischen «juristisch ermittelt» sei, Schadensersatz an die Stadt Baden-Baden leisten werde aus dem Vermögen des Eigentümers des Kompost-Unternehmens oder aus dessen Versicherung. Die gleiche Frage stellte auch Hans-Peter Ehinger, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler. Rechtsamtsleiter Axel Eble antwortete, er könne nicht sagen, «inwieweit eine Vollstreckung erfolgreich wäre».

Auf Nachfrage von Oberbürgermeisterin Mergen erklärte Rudolf-Karl Teichmann, dass Spargel und Erdbeeren ohne Gefahr verzehrt werden könnten.

## **TOP 5 Ersatzneubau der Reinhard-Fieser-Brücke in Baden-Baden**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *1. Der Bau- und Umlegungsausschuss stimmt einem Ersatzneubau der ReinhardFieser Brücke mit Brutto-Baukosten in Höhe von 2.997 Mio. € in Baden-Baden zu. 2. Der Gemeinderat genehmigt hierfür überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 747.000 € im Haushaltsjahr 2019 bei der Investition Nr. I26350301*

*2. Die Deckung erfolgt über die Investition Nr. I263503050 Neubau Holzhofbrücke*

*Lichtental mit einem Betrag in Höhe von 650.000 € und über die Investition Nr. I263503009 Sanierung / Teilneubau Brücke Hindenburgplatz mit einem Betrag in Höhe von 97.000 €. Die Fehlbeträge werden im Doppelhaushalt 2020/21 neu angemeldet.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

### **TOP 6 Neubau einer Kindertagesstätte Campuspark, Breisgaustraße 5 - Baubeschluss und Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung**

*Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: 1. Der Gemeinderat beschließt den Bau der Kindertagesstätte Campuspark, Breisgaustraße 5, auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung und Kostenberechnung mit Gesamtbaukosten in Höhe von 2.270.000 €.*

*2. Der Gemeinderat genehmigt eine außerplanmäßige Auszahlung von 940.000 € und eine Verpflichtungsermächtigung (VE) von 1.330.000 €. Die Deckung der außerplanmäßigen Auszahlung erfolgt durch Minderauszahlungen beim Investitionskostenzuschuss für den Waldorfkindergarten (I346418901, 520.000 €) sowie der Hauptfeuerwache (I131002004, 420.000 €). Die außerplanmäßige VE wird durch geringere/Nicht-Inanspruchnahme der VE für die Hauptfeuerwache (I131002004, 500.000 €), für die Erschließungen Baugebiet Hahnberg (I263003051, 500.0000 €) und Baugebiet Horhaldergasse (I263003030 , 75.000 €) und den Neubau des Stadtarchivs (I132115002, 255.000 €, durch Beschluss vom 22.10.2018 umgesetzt vom Umbau des Baldreits) gedeckt.*

*Mit Drucksache-Nr. 18.302 vom 26.07.2018 wurde der Anmietung der Kindertagesstätte Campuspark, Breisgaustraße 5 (Teilfläche von Flst. Nr. 4300/700 der Gemarkung Oos) von der GSE Baden-Baden durch die Stadt Baden-Baden zugestimmt. Nach der Kindergartenbedarfsplanung (siehe Drucksache Nr. 17230 vom 23.05.2017) fehlen trotz mehrerer Maßnahmen im Sozialraum Oos-Weststadt weitere Kindertagesplätze. Um dieses Defizit zu minimieren sollte eine dreigruppige Kindertagesstätte durch die stadt eigene Tochter GSE auf dem Grundstück der EurAka auf eigene Rechnung erstellt und an die Stadt Baden-Baden vermietet werden. Aufgrund dessen, dass Haushaltsmittel anderer Projekte für 2019 nicht in Gänze abgerufen werden können und die vorgesehene Vermietung aufgrund der Übernahmefähigkeit des Gebäudes nach Ablauf der Mietzeit ein komplizierter Leasingvertrag bedürfte, schlägt die Verwaltung vor, die Maßnahme doch direkt über den städtischen Haushalt abzuwickeln. Die Trägerschaft soll nach wie vor der AWO Baden-Baden gGmbH übertragen werden.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

## **TOP 7 Bebauungsplan 'Industriegebiet Oos - 1. Änderung'**

### **a) modifizierter Befristungsbeschluss**

### **b) Beschluss über frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit**

Der Tagesordnungspunkt wurde von OB Mergen zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

Mehr: [goodnews4.de](http://goodnews4.de) berichtete bereits am 3. Mai 2019.

## **TOP 8 Konzept zur Verbesserung der Sauberkeit in Baden-Baden**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Dem Konzept zur Verbesserung der Sauberkeit in der Innenstadt von Baden-Baden wird zugestimmt. Darin enthalten sind insbesondere:*

- 1. Ahndung bei zu früh bereitgestellten Abfällen und Abfallbehältern*
- 2. Einführung des Mängelmelders*
- 3. Errichtung von Unterfluraltglasbehältern an den Standorten Robert-Schuman-Platz und Gausplatz für das Jahr 2020*
- 4. Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen bei der Müllabfuhr*
- 5. Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen beim FG Tiefbau und Baubetrieb, Abteilung Baubetriebshof*
- 6. Beauftragung von zusätzlichen Sonntagsreinigungen*
- 7. Beschaffung von zwei weiteren Abfallpressbehältern*

*Aufgrund regelmäßiger Beschwerden über mangelnde Sauberkeit vor allem in der Innenstadt wurde eine Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Situation gebildet. In der Arbeitsgruppe haben das FG Tiefbau und Baubetrieb, das FG Park und Garten und das FG öffentliche Ordnung unter Federführung des Eigenbetriebs Umwelttechnik mitgewirkt. Die zunehmende Disziplinlosigkeit in der Bevölkerung und das Ausmaß massiver Verunreinigungen ist mit den vorhandenen Mitteln leider nicht mehr beherrschbar.*

Mehr: [PDF Beschlussvorlage](#)

Stadtrat Hansjürgen Schnurr, CDU, verwies auf die Anträge seiner Fraktion, die fordert, die Brennpunkt-Standorte von Glascontainern zunächst mit Bewegungsmeldern und Beleuchtung auszustatten und falls diese Maßnahme zu keiner Verbesserung führen sollte, eine Video-Überwachung zu prüfen. [goodnews4.de](http://goodnews4.de) berichtete

Beate Böhlen, Grünen-Fraktionsvorsitzende, erinnerte an einen viele Jahre zurückliegenden Antrag ihrer Fraktion für eine Verpackungsabgabe. Sie forderte auch, die Vergabekriterien der Stadt Baden-Baden bei öffentlichen Aufträgen unter «sozialen und ökologischen Gesichtspunkten zu prüfen» und den «Gedanken an den zweiten Arbeitsmarkt» zu behalten, erinnerte Sie an eine Initiative, als vor

einigen Jahren sogenannte «Ein-Euro-Jobber» für die Sauberkeit der Stadt eingesetzt wurden.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

## **TOP 9 Gemeinschaftskläranlage Baden-Baden-Sinzheim - Vierte Reinigungsstufe;**

### **Baubeschluss**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 23.10.2017 den Projektbeschluss zum Bau einer vierten Reinigungsstufe auf der Gemeinschaftskläranlage Baden-Baden Sinzheim gefasst. Die Planung hat inzwischen einen Stand erreicht (Entwurf incl. Kostenberechnung), der einen Baubeschluss rechtfertigt. In Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe soll eine zweistufige Spurenstoffelimination realisiert werden, die aus einer Direktdosierung von eigenproduzierter Aktivkohle aus Restbiomassen in die Belebungsstufe und einer nachgeschalteten Aktivkohle- Filtereinheit, die mit eigenproduzierter Aktivkohle oder Recyclingkohle befüllt wird, besteht. Der Gesamtaufwand beläuft sich auf Grundlage der Kostenberechnung auf netto rund 20 Mio. €.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

## **TOP 10 Schnelles Internet für Baden-Baden; Strategie der Stadtwerke als Netz- und Servicedienstleister im Bereich Telekommunikation**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Gemeinderat beschließt die Stadtwerke im Rahmen der Daseinsvorsorge mit dem Aufbau einer flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur und den damit verbundenen Dienstleistungen zu beauftragen.*

*In 2018 beauftragte der Gemeinderat die Stadtwerke mit der Erarbeitung einer Strategie zur Erreichung der folgenden Ziele:*

- *Bis zum Jahr 2030 soll die Stadt Baden-Baden zur Erfüllung ihrer Daseinsvorsorgeaufgabe weitestgehend über eine flächendeckende eigene Glasfaserinfrastruktur verfügen.*
- *Das Netz soll allen Marktteilnehmern einen diskriminierungsfreien Zugang zur Verfügung stellen und damit erschwingliche Preise für den Endkunden ermöglichen.*
- *Die systematische Mitverlegung soll einen städtebaulich verträglichen Ausbau bewirken.*

*&bill; Die langfristige Refinanzierung und Wirtschaftlichkeit des Netzes soll sichergestellt werden.*

- *Über Bündelprodukte mit Gas und Strom ist ein Mehrwert für den Endkunden zu*

*generieren und die Kundenbindung zu den Stadtwerken zu erhöhen. Die Strategie wurde durch die Stadtwerke erarbeitet und das Ergebnis in der vorgestellten Präsentation aufgezeigt.*

Helmut Oehler, Geschäftsführer der Stadtwerke Baden-Baden, stellte die Strategie und den Investitionsplan des Baden-Badener Eigenbetriebs, der bis ins Jahr 2040 reicht, vor. Mehr: [PDF Präsentation «Strategie der Stadtwerke für den Markteintritt als Internetwerke»](#)

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

### **TOP 11 Änderung der Eintrittspreise im Abonnement und Freiverkauf zum Spielzeitbeginn 2019/2020**

*Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Nach den Spielzeiten 2013/2014 sowie 2016/17 und nun erneut 3 Jahren mit unveränderten Eintrittspreisen möchte das Theater Baden-Baden zur kommenden Spielzeit die Preise für die Eintrittskarten im Freiverkauf und im Rahmen von Abonnements anheben, um den steigenden Personal- und Sachkosten Rechnung zu tragen. Die Erhöhungen liegen leicht über den im 3. Quartal 2016 vorgenommenen und ergeben ein Preisgefüge, das den von Theatern in der Region vergleichbar ist. Die Systematik der Tickets und Abonnements wurde beibehalten. Die im Vergleich zu Schauspielproduktionen höheren Preise für Schauspiele mit Musik und die Kammeroper resultieren aus Zusatzaufwendungen für Musiker bzw. Opernsänger\*innen. Eine detaillierte Übersicht über die neuen Preise samt Vergleich zur gegenwärtigen Saison finden Sie in den Anlagen 1-3. Tickets im Freiverkauf Die Erhöhung für die Tickets zum Normalpreis im Freiverkauf sowie für die Silvester- und Freilichtaufführungen betragen zwischen 4,00 € und 1,50 €, wobei die stärksten Anhebungen bei den teuersten Tickets erfolgen. Im Bereich Kinder- und Jugendtheater wurden die Tickets lediglich um 1,00 € erhöht. Abonnements Die Abonnements wurden auf Basis der gestiegenen Grund-Eintrittspreise so erhöht, dass sich ähnliche Einsparungshöhen im Vergleich zum Kauf von Normalpreis-Tickets ergeben, wie sie in der aktuellen Saison bestehen. Ein minimaler zusätzlicher Aufschlag ermöglicht den Wegfall von Gebühren für den Tausch von Abo-Vorstellungen, was die Handhabung erleichtert und einen zusätzlichen Vorteil des Abonnements darstellt. Als zusätzlichen Service berechtigen ab der Saison 2019/2020 alle Tickets (außer Frei- und Ehrenarten) für eine kostenlose Hin- und Rückfahrt im Verbundgebiet des KVV.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

## **TOP 12 Schulkindbetreuung - Ermäßigung von Elternbeiträgen und Härtefallentscheidungen**

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt, der Gemeinderat beschließt, die Ermäßigung der Kostenbeiträge der Eltern in der Schulkindbetreuung, wie folgt, vorzunehmen:*

*1. Ab dem 01.01.2020 verzichtet die Verwaltung auf die Erhebung von Elternbeiträgen für die Schulkindbetreuung, soweit die Eltern der betreuten Kinder einen Rechtsanspruch auf existenzsichernde Leistungen nach Sozialgesetzbuch (SGB) II, SGB XII, Wohngeld, Kindergeldzuschlag nach § 6b Bundeskindergeldgesetz oder dem Asylbewerberleistungsgesetz haben. Die Verwaltung geht von einer jährlichen Mindereinnahme in Höhe von 115.000 € ab dem Haushaltsjahr 2020 aus.*

*2. Zusätzlich gilt ab 01.01.2020 für Familien in besonderen Lebenslagen eine Härtefallregelung. Hiernach kann in besonders gelagerten Einzelfällen auf die Erhebung von Elternbeiträgen verzichtet werden. Die Verwaltung geht hierbei von geschätzten Mindereinnahmen in Höhe von rd. 10.000 € ab dem Haushaltsjahr 2020 aus. Der Maßnahme wird vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes zugestimmt.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

## **TOP 13 Anfragen aus dem Gemeinderat**

Aus zahlreichen kleineren Anfragen hier eine Auswahl: Astrid Sperling-Theis, Grüne, erinnerte OB Mergen daran, dass Baden-Baden mit der EurAka und der HWTK auch ein Hochschulstandort sei. Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionschef, fragte nach dem Stand des Normenkontrollverfahrens der Stadt in Sachen Standorte für Windkraftanlagen in Baden-Baden und erhielt die Antwort, dass es noch keinen Verhandlungstermin gebe. Werner Schmoll, SPD, regte ein Schild in den Bussen an, das darauf hinweisen solle, dass das Hardbergbad nur 500 Meter von der Haltestelle Große Dollenstraße entfernt sei. Stadträtin Ulrike Mitzel, SPD, erinnerte an die Brötchentaste in Lichtental, die noch nicht aktiviert sei. Und Rolf Pilarski, FDP, fragte, ob es einen Termin mit BKV-Geschäftsführer gebe, woraufhin OB Mergen antwortete, dass Steffen Ratzel in die Sitzung des Ältestenrats kommen werde.